

seine Regierung den Fall gewinnen werde, fügte Trump hinzu.

Der Präsident kündigte zudem an, in der kommenden Woche „rasch“ weitere Maßnahmen in Bezug auf die nationale Sicherheit zu erlassen. Was er damit genau meinte, ließ Trump offen. In US-Medien wird darüber spekuliert, dass der Präsident ein neues Dekret zur Einwanderungspolitik erlassen könnte.

Ein Berufungsgericht in San Francisco hatte in der Nacht zum Freitag den Antrag der US-Regierung abgelehnt, Trumps Einreiseverbot für Menschen aus sieben islamisch geprägten Ländern wieder in Kraft zu setzen. Menschen aus den betroffenen Staaten können damit weiterhin in die USA einreisen. Die US-Regierung hat nun die Möglichkeit, in dem Fall den Supreme Court – das Oberste Gericht der USA – anzurufen.

Am Supreme Court ist derzeit ein Posten vakant. Sollte das Einreiseverbot dort landen und es ein Unentschieden von vier zu vier Richterstimmen geben, würde der Rechtsstand der Vorinstanz gültig und der Bann weiter ausgesetzt bleiben. Für eine Korrektur sind am

Somalia, Libyen und Jemen verfügt, außerdem für alle Flüchtlinge.

Am Freitag voriger Woche setzte ein Bundesrichter in Seattle Trumps Erlass auf Antrag der Justizminister der Bundesstaaten Washington und Minnesota aus. Die US-Regierung legte Berufung ein. Das Gericht in San Francisco lehnte es aber ab, die Einreiseperrnen sofort wieder in Kraft zu setzen und wies die Parteien an, ausführliche Argumente vorzulegen.

Das Berufungsgericht entschied jetzt glasklar mit drei zu null Richterstimmen. In der 29-seitigen Urteilsbegründung folgte es fast vollständig der Argumentation der Kläger, die den Erlass als verfassungswidrig bezeichnet hatten.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und ihr neuer amerikanischer Amtskollege James Mattis vereinbarten indessen einen engen Austausch. „Wir wissen, dass wir zusammenarbeiten müssen. Wir wissen, dass wir zusammengehören und dass wir die Probleme, die uns umgeben, nur lösen können, wenn wir zusammenarbeiten“, sagte die CDU-Politikerin am Freitag nach einem Treffen mit Mattis im Pentagon in Washington.

Neuer Chef am Dirigentenpult

Musikverein Vilsbiburg hielt Generalversammlung: Weiter im Aufwind

Vilsbiburg. (gs) Bei der Generalversammlung des Musikvereins ging es um eine Reihe von Personalien: Neben den Ehrungen die Wichtigste war: Thomas Bodenhausen, Profimusiker aus Wiesbaden mit bayerischen Wurzeln, hat die Arbeit als neuer Dirigent des Musikvereins aufgenommen und mit seiner fachlich präzisen Art und dem angenehmen Umgang einen guten Einstand hingelegt.

In der Versammlung wurde deshalb Bernhard Weindl, der zehn Jahre lang als Dirigent das große Blasorchester als auch das vor fünf Jahren gegründete Jugendorchester geleitet hat, für seine erfolgreiche Arbeit gedankt. „Nichts hält länger als ein Provisorium“, sagte Vorsitzender Stefan Cimander, weil Weindl seinerzeit ohne Dirigentenausbildung den Mut hatte, das verwaiste Amt zu übernehmen. Mit der Zeit hat sich Weindl nicht nur Respekt am Pult erarbeitet, sondern für den



Nach zehn Jahren als „Interims-Dirigent“ übergab Bernhard Weindl jetzt den Stab an Thomas Bodenhausen. Foto: gs

Musikverein eine Strategie für die musikalische Entwicklung des Blasorchesters entwickelt. Dank seiner guten Vernetzung in der lokalen Musikszene gab es eine Reihe von

„musikalischen Exkursionen“: Vom Rock-Projekt „Modern Brass in Concert“ bis hin zum Klassikkonzert des Blasorchesters in der Stadtpfarrkirche.

WETTER

Heute



1 | -2

Morgen



4 | -3

Ausführliches Wetter ▶ Seite 13

Rätsel ▶ Seite 14

Kindernachrichten ▶ Seite 48

TV-Programm ▶ im Magazin

Internet: www.idowa.de

Anzeigenservice • 08741/9651 0



Vertriebsservice • 0871/850 24 10

Wechselstimmung gegen Merkel

Zwei Drittel wollen Veränderung im Kanzleramt – Union greift Schulz an

Berlin. (dpa) Zwei Drittel der Deutschen wollen einer Umfrage zufolge Angela Merkel (CDU) nicht mehr als Bundeskanzlerin. Auf die Frage des Instituts YouGov im Auftrag der *Huffington Post*, ob es nach zwölf Jahren „Zeit für einen Wechsel“ an dieser Position sei, antworteten 42 Prozent der Befragten mit „auf jeden Fall“, weitere 22 Prozent mit „eher ja“. Nur acht Prozent wollen demnach „auf keinen Fall“ einen neuen Kanzler oder eine neue Kanzlerin. Welche Partei die Befragten wählen würden, wenn diesen Sonntag Bundestagswahl wäre, fragten die Meinungsforscher nicht.

Fast die Hälfte (47 Prozent) der Deutschen glaubt der Umfrage zufolge, dass der große Zuspruch für SPD-Kanzlerkandidat Martin

Schulz bis zur Bundestagswahl am 24. September anhalten wird. 38 Prozent sind der Meinung, dass der Schulz-Hype abflauen wird.

Die SPD ist seit der Nominierung Schulz' zum Kanzlerkandidaten in den Umfragen auf 29 bis 31 Prozent geklettert und liegt damit so nah an der Union wie seit Jahren nicht. Mehr als ein Drittel (35 Prozent) der von YouGov Befragten glaubt, dass die CDU mit Merkel als Kanzlerkandidatin schlechtere Chancen hat als mit einer anderen Person.

In der Union mehrten sich seit einigen Tagen die Angriffe auf Schulz. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zog in einem am Freitag veröffentlichten Interview Parallelen zwischen dem früheren EU-Parlamentspräsidenten

und US-Präsident Donald Trump. „Wenn Schulz seine Unterstützer ‚Make Europe great again‘ rufen lässt, dann ist das fast wortwörtlich Trump“, sagte Schäuble dem *Spiegel*. „In einer Zeit, in der weltweit die Versuchung durch den Populismus zugenommen hat, dürfen Politiker nicht so reden wie Herr Schulz.“

Führende SPD-Politiker griffen Schäuble daraufhin scharf an. „Schäuble sinkt auf Trump-Niveau: unsachlich und hysterisch.“ SPD-Generalsekretärin Katarina Barley verteidigte Schulz als „beherzten Verteidiger unserer Werte“, der so spreche, dass jeder ihn verstehe. „Diese Angriffe der Union zeigen vor allem, dass die Union hochnervös ist“, sagte sie der dpa.

Osram: 1000 neue Stellen in Regensburg

Regensburg. (sei) Der Lichttechnikhersteller Osram hat am Freitag angekündigt, in den nächsten Jahren seinen Standort in Regensburg erweitern zu wollen. Bis zu 1000 neue Mitarbeiter sollen eingestellt werden. Der Konzern mit Hauptsitz in München profitiert laut einem Sprecher derzeit von zwei Branchentrends. Zum einen erforscht und entwickelt die Firma Osram Semiconductors Erkennungsmöglichkeiten von Hindernissen für die Automobilbranche. Ein Zweig, der dank des autonomen Fahrens weiter an Wichtigkeit gewinnt. Außerdem arbeitet der Konzern mit der Unterhaltungselektronikbranche zusammen: Hier werden in erster Linie Möglichkeiten erforscht, wie Smartphones in Zukunft durch den Scan der Iris vom Nutzer entsperrt werden können. ▶ Seite 9